

Arbeiter-Zeitung

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbesitzern und in allen Städten erhältlich

Lageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

7. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 6. Mai 1931 Nummer 81

Ungeheurer Brotdiebstahl an den Massen!

KPD-Enttüllung über Brüning-Politik und Baade-Korruption Heute Entscheidung über sofortige Einberufung des Reichstags

Berlin, den 6. Mai. (Eig. Drahtm.)

In einem Augenblick, wo das tägliche Brot den Massen von Woche zu Woche verteuert wird, haben die Kommunisten im Reichstags-Untersuchungs-Ausschuss über die Roggenkündigungsgeschichte einen ungeheuerlichen Skandal aufgedeckt. Sie stellen fest, daß zur gleichen Zeit, als Curtius, Hilsberg und der sozialdemokratische Reichs-Verkehrsminister Baade die Presse mit Gehaltelien und Reden über das angebliche russische Roggengumpfen über- schwemmten, die deutsche Regierung 2.680 Zentner Roggen weit unter Weltmarktpreis ins Ausland geliefert hat, während die deutsche werktätige Bevölkerung an billigem Getreide schrecklichen Mangel hat.

Um dieses Dumping zu ermöglichen, zahlte die Regierung an die Roggenlieferanten, Großagraren, eine Exportprämie von vier Mark pro Zentner, also 10.720.000 Mark proletarische Steuer- gelder wurden den Großagraren zugestrichen, damit die Dumping- gefahr durchgeföhrt werden konnte. Neben diesem beispiellosen Mißbrauch der Brüningregierung gegen das werktätige Deutsch- land wurde das politisch-finanzielle Korruptionsgeschick des Dr. Baade von den Kommunisten aufgedeckt.

Es stellt sich heraus, daß der sozialdemokratische Reichstags- abgeordnete Baade neben seinen Vätern, neben seinem Gehalt von 18.000 Mark als Reichstagsmitglied, auch noch während der Monate Januar bis Dezember 1930 20.750 Mark für seine Tätig- keit im deutsch-politischen Roggenkommissions-Ausschuss erhalten hat. Schon in der heutigen Mittwochsjung der Reichstags-Untersuchungs- kommission, der für vertraulich erklärt ist, wird die Brüningregierung wohlwollend gezwungen sein, dem Sozial- demokraten Baade den Kaufpaß zu geben, da trotz aller Bemühungen, die Vagenberichte, die falschen Statistiken, die Korruption beim Roggenkauf und die persönliche Korruption des Dr. Baade und die Parteikorruption der SPD nicht mehr abzudecken sind. Aber es geht nicht um Baade allein, es geht um das System und das bleibt, wenn auch der Baade geht!

Heute tritt der Vorkommerrat des Reichstages zusammen. Diese Sitzung mußte einberufen werden, um zu der von der kommunistischen Reichstagsfraktion erhobenen Forderung auf sofortige Einberufung des Reichstages Stellung zu nehmen.

Würde auch die SPD dafür eintreten, so ist im Vorkommerrat eine Mehrheit vorhanden. Der Reichstag sollte zusammen- treten, um zu einem von uns bereits dieser Tage abgedruckten Antrag der kommunistischen Reichstagsfraktion Stellung zu nehmen, der die Rückgängigmachung aller Brotpreiserhöhungen seit dem 1. März 1931 fordert.

Gleichzeitig wird unter anderem die Befreiung der Arbeiterklasse für Brotgetreide, Mühlenzweckstoffe sowie für Futtermittel gefordert. Ein weiterer Antrag, auf dessen sofortige Beratung die kommunistische Reichstagsfraktion besteht, fordert: keine weiteren Abbaumassnahmen auf sozialpolitischem Gebiet und auf Grund der Notverordnung, Ausdehnung der Arbeitslosigkeit, 48-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Das sind die wichtigsten Anträge, in denen die dringlichsten For- derungen der Arbeiterklasse zusammengefaßt sind.

Die neuen ungeheuerlichen Massenbelastungen haben die Empörung der breiten Massen gesteigert. Um ihr zu begegnen, hat die SPD vor wenigen Tagen in ihrer Presse ein schein- bar heiliges „Ultimatum“ an Brüning gestellt, in dem „ernst- lich“ die Konsequenzen neuer Massenbelastungen. Bereits wird vor den Konsequenzen neuer Massenbelastungen durch- zugeht ist dieses Manöver entlarvt und zusammengewürfen durch die Stellungnahme der SPD zur Forderung der Kommunisten auf sofortige Reichstags-Einberufung. Würde der Reichstag ein- berufen, so läge es in den Händen der KPD und SPD, diese Massenbelastungen der Brüning-Regierung zu durchkreuzen, da bei der jetzigen Zusammensetzung die Regierung in der Minder- heit blieben würde.

Wenn die SPD auch nur einen Satz ihrer Erklärung ernst nehmen würde, könnte sie durch bloße Zustimmung zu den kommunistischen Anträgen den neuen ungeheuer- lichen Anschlag auf die Lebenshaltung der Massen verhindern. Die Sozialdemokratie hat jedoch andere Richtlinien als die der Arbeiterinteressen. Genau so wie Baade als Beauftragter und bezahlter Agent der Junta der Arbeiterverdrängung das Brot rauben half, um es zu Schleuderpreisen auf den Weltmarkt zu werfen, genau so wie er im Dienste der Getreidekapitalisten 800 Millionen Zentner Roggen den Schweinen nachwarf, um die Ernährung für die Menschen zu verteuern, so hat die SPD-Fraktion im Interesse der Erhaltung der großkapitalistischen Regierung die Sabotierung des kommunistischen Einberufungsantrages bereits angekündigt. Sie will, nach eigener Erklärung, erst die neuen Notverordnun- gen der Regierung abwarten, was heißt, sie will dem neuen Ausplünderungsbescheid erst dann „entgegenzutreten“, wenn er bereits vollzogen ist!

Massenbestimmungen zu den KPD-Anträgen, Unterstützung und Billigung dieser Anträge durch Reichstagsabgeordnete, Gemeinderäte, Hausverbände und Mietervereinigungen muß das Echo auf den Kampf der Kommunisten und auf den Verrat der SPD-Führer sein.

Im Hintergrund der schöne Schieck...

Dresden, den 6. Mai.

Die Reichsregierung Brüning steht heute bereits vor breiten Massen unverhüllt als das da, was sie ist: als Organ des Finanzkapitals zur Durchführung der faschistischen Diktatur, zur Ausplünderung und Unterdrückung der werktätigen Be- völkerung.

Nach nicht so klar erkennen aber die Volksmassen Sach- ten den Charakter „ihres“ Landesministers Schieck, dessen volksfeindliches Regime heute genau 1 Jahr dauert.

Herr Schieck und seine Minister haben es darauf angelegt, möglichst im Dunkeln zu wirken, hinter den Kulissen zu bleiben und von da aus als Regisseure mit umso größerer Brutalität den faschistischen Kurs durchzuführen, die Unternehmertätigkeit, den Sozialabbau, den Terror gegen die Arbeiterklasse zu be- treiben.

Nach außen hin tritt das Schieck-Kabinett zum Schein möglichst „zurückhaltend“ auf, ihre Minister sind selten zu sehen und zu hören und wenn Herr Schieck schon mal eine Rede hält, so höchstens auf der Leipziger Messe oder auf der Hopten-Aus- stellung, wo er den Massen spielt und nichtsagende Gemein- plätze, mit einigen geheimräulichen „Deutschland“-Redensarten garniert, zum Besten gibt. Nach außen hin ist das Schieck- Kabinett überhaupt keine eigentliche Regierung, „keine politische Regierung“, sondern ein „apolitisches Kabinett“, das einfach „bis zur Wahl einer Regierung“, die „Geschäfte weiterführt“. So präsentiert sich das faschistische Kabinett als harmloser Wals-

Reichsbanner militarisiert Erwerbslose

Gemeinsam mit Stahlhelm und Ruffhäufer-Bund unter Trebiranus' Leitung

Die gestern erfolgte Besprechung des Ministers Trebiranus über die geplante Arbeitsdiensteinrichtung hat ein neues alarmierendes Ergebnis gezeigt. In dieser Sitzung haben außer Stahlhelm, Ruffhäuferbund, Jugendkraft, Eisenfront, Reichslandbund, Reichsarbeit und der Reichswehrverbände, dem die SA und die reformistischen Jugendport- gruppen angehören, auch das Reichsbanner teilgenommen.

In dieser Sitzung wurde grundsätzlich Übereinstimmung aller Beteiligten festgestellt, so daß den neuen Feindzug gegen die erwerbslose Jugend der Stahlhelm und das Reichsbanner gemeinsam mit dem Landbund führen.

In Sachsen hat der Junge im Einverständnis mit dem von der SPD geführten Minister Rühler die Durchfüh- rung dieses lauberen Planes in die Hand genommen, der der

erste Schritt zur allgemeinen Durchführung der faschistischen Ar- beitsdienstpflicht ist.

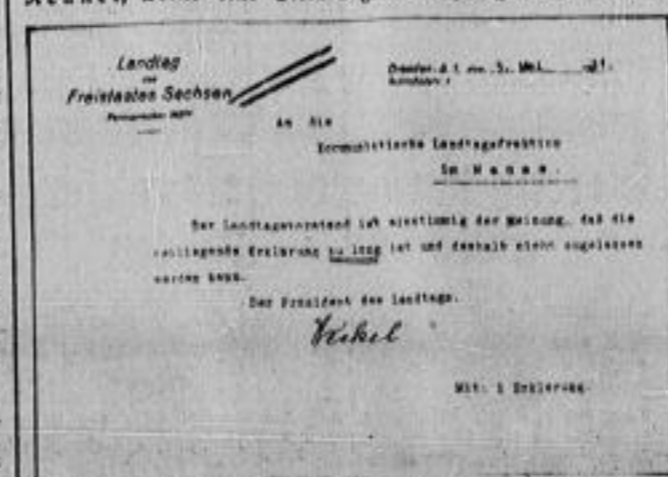
Ein Sturm des Protestes aller Erwerbslosen und auch der Betriebsarbeiter, für die der neue Plan neuen Lohnraub be- deutet, besonders aber der klassenbewußten SPD- und SA- Arbeiter und der proletarischen Reichsbannermitglieder muß die Antwort auf das neue Attentat der herrschenden Kapitalisten- klasse sein. Keinen Mann, keinen Handgriff für die Fronarbeit unter Faschistenkommando!

Wedels neuester Schandstreich

Mißlungener Versuch, Aufdeckung eines SPD-Schwindels zu verhindern

Dresden, den 6. Mai 1931

In der gestrigen Sitzung des sächsischen Landtages kam es vor dem Eintritt in die Tagesordnung zu einem bezeichnenden Zwischenfall. Der Fraktionsführer der Kommunisten, Genosse Kewner, wollte eine Erklärung der KPD-Fraktion verlesen.



Die sich gegen die Behauptung des SPD-Abgeordneten Kauchig richtete, es sei unmöglich, daß die Braunschweiger SPD-Fraktion kommunistischen Forderungen zugestimmt hätte. Kauchig hätte be-

hauptet, daß die Braunschweiger SPD es abgelehnt hat, sich auf die von der KPD geforderten Bedingungen einzulassen. Genosse Kewner wollte nun an Hand authentischer Protokolle nachweisen, daß diese Behauptung Kauchig erlogen ist und tatsächlich eine solche Festlegung erfolgt ist. Der SPD-Landtagspräsident Wedel brachte es daraufhin fertig, die Abgabe dieser sachlich richtigstel- lenden Erklärung mit der unerhörten, loger geschäftsordnungswidrigen „Begründung“ zu verhindern, die kommunistische Erklärung sei „zu lang“! Unter häßlichen Protestrufen der KPD-Fraktion wurde diese glatte Bergemäntelung durch den SPD-Präsidenten vorgenommen.

Die kommunistische Fraktion sieht sich dies jedoch nicht bieten. Sie erzwang kurz vor dem Schluß der Sitzung, allerdings nachdem Wedel die Leitung einem anderen Fraktionsmitglied übergeben hatte, die Abgabe dieser Erklärung. In dieser Erklärung wird festgestellt, daß tatsächlich die SPD-Stabsverordnetenfraktion von Braunschweig dem entscheidenden Teil der kommunistischen Forde- rungen zugestimmt hat, und zwar bei 16 von 18 Forde- rungen. Damit ist die Verlogenheit der sozialdemokratischen Er- klärung festgemacht. Als Genosse Kewner diese Tatsache feststellte, versuchten die entlarzten SPD-Abgeordneten einen neuen Dreh. Bei jeder Forderung, die verlesen wurde, schrien sie: „natürlich können wir zu, das sind ja unsere Forderungen.“ Die treffenden Zurück der KPD-Fraktion kennzeichneten jedoch das Manöver der gestellten Lügner, die vorher dieselben Forderungen als „Dema- gogische Agitation“ bezeichnet hatten. Damit ist ein neuer SPD- Schwindel geplatzt. Wir sind gespannt, was die entlarzten Schwindler jetzt darauf antworten werden.

2 Jahre KZB-Verbot

Gestern fand in Renteim eine Kundgebung gegen das vor 2 Jahren erfolgte KZB-Verbot statt. Heute 20 Uhr werden im Regierhaus die Mitglieder Arbeiter ihrem Protest gegen dieses Verbot der führenden Reorganisations der Arbeiter- klasse Ausdruck geben.

Dieses Verbot, das seit seinem Bestehen den härtesten Widerstand der klassenbewußten Arbeiterklasse gefunden hat, war der Aufsatz zum offenen faschistischen Unterdrückungs- gesetz der herrschenden Klasse. Nicht vergessen kann dabei werden, daß sozialdemokratische Führer als einführende Organe der Bour- geoisie besonders höherhüll den Kampf gegen die Bewegung des Roten Frontkämpferbundes durchführten und damit dem faschistischen Terror über den breitesten proletarischen Ball hin- zuzugreifen versuchten.

Der Gedanke, der die Bewegung des KZB hervorbrachte, wird jedoch in der Arbeiterklasse niemals erdrückt werden können. In der Schwelle des 3. Jahres des KZB-Verboles steht die rote Kampffront unter Führung der KPD härter als zuvor und gepaßter gegen alle Feinde der Arbeiterklasse unter dem Jang zur Massenlösung, geworbenen Kampfes! Rot Front!